

# Einführung in das Europarecht

von

Dr. Helmut Lecheler

o. Professor an der Freien Universität Berlin

unter Mitarbeit von

Dr. Jörg Gundel

Priv.-Doz. an der Freien Universität Berlin

2., neu bearbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2003

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
§ 1. Einführung: Geschichte, Begriff und Zugang zum Europäischen Gemeinschaftsrecht .....	1
I. Geschichte: Der Weg der Europäischen Einigung bis zum Amsterdam-Vertrag .....	1
1. Die Anfänge der Einigung .....	1
2. „Debout, Europe“ – Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg .....	3
a) Erste Etappe: Die Bereinigung der Kriegsfolgen .....	4
b) Zweite Etappe: Von der Montanunion bis zum Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft .....	5
c) Dritte Etappe: Gründung und Erfolg der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft .....	6
d) Der Beitrag der Konferenz für Sicherheit und Zusammen- arbeit in Europa (KSZE/OSZE) .....	8
3. Die Konsolidierung der Einigung .....	9
a) Der Beschluss der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) .....	9
b) Der Maastricht-Vertrag („Unionsvertrag“ = EU) .....	10
c) Der Vertrag von Amsterdam .....	11
d) Der Vertrag von Nizza .....	12
e) Die Zukunft der Union .....	14
4. Die dominierende Rolle der EG im gegenwärtigen Europa ....	17
a) Dominierende Stellung der E(W)G .....	17
b) Die Rolle des Europarats .....	18
c) Die Bedeutung der OECD .....	18
d) Die Wirtschaftskommission der UN für Europa .....	19
e) Die Verbindung der EU mit der WEU .....	19
f) Die Vielfalt der Akteure .....	20
II. Begriff des Gemeinschaftsrechts, Arbeitsmaterial, Akzeptanz- probleme .....	20
1. Europarecht, Gemeinschaftsrecht oder Unionsrecht? .....	20
2. Die Arbeitsmittel. ....	22
a) Das Amtsblatt der EG. ....	22
b) Die Rechtsprechung. ....	23
c) Zeitschriften. ....	24
d) Lehrbücher. ....	25
e) Fallsammlungen. ....	26
f) Kommentare und Handbücher. ....	26
g) Speziell europarechtliche Festschriften .....	26
3. Das Problem der Akzeptanz und des Zugangs zum Gemeinschaftsrecht. ....	27
a) Akzeptanzprobleme des Gemeinschaftsrechts. ....	27
b) Das Problem des Zugangs zu den amtlichen Dokumenten. .	28
§ 2. Die Europäische Union – ihre Struktur und Rechtsnatur sowie ihre Aufgaben und Ziele .....	31
I. Die derzeit noch geltende Struktur der Europäischen Union .....	31
II. Die künftige Struktur der Europäischen Union .....	35
1. Die künftige „Verfassung“ der Europäischen Union .....	35
2. Strukturelle Änderungen .....	37

III.	Das Ziel und die Aufgaben der EU und der Europäischen Gemeinschaften .....	39
	1. Die Ziele der Union .....	39
	2. Die Aufgaben und Ziele der EG .....	40
	3. Die Aufgaben und Ziele der Europäischen Atomgemeinschaft ..	41
IV.	Die Verbandskompetenz der Gemeinschaften – am Beispiel der EG. ....	42
	1. Der Grundsatz der begrenzten Kompetenz und die Struktur der Kompetenzzuweisungen. ....	42
	a) Der Grundsatz der begrenzten Kompetenz. ....	42
	b) Ziel- bzw. zustandsbezogene Kompetenznormen. ....	42
	c) Gegenstandsbezogene Kompetenzzuweisungen. ....	43
	d) Überschneidungen und Durchbrechungen. ....	43
	2. Die Frage nach dem Kompetenzgehalt. ....	44
	a) Ausschließliche und nicht ausschließliche Kompetenzen der Gemeinschaft. ....	44
	b) Inhalt der nicht ausschließlichen Kompetenz .....	45
	3. Kompetenzkontrolle und Grenzen für die Kompetenzerweiterung. ....	46
	a) Die Kontrolle der Kompetenzeinhaltung. ....	46
	b) Grenze für die Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft im Wege der Vertragsänderung .....	47
§ 3.	Die Charakteristika des Europäischen Gemeinschaftsrechts. ....	48
I.	Die Grundsätze der Eigenständigkeit und der Einheit der Gemeinschaftsrechtsordnung: .....	48
	1. Der Grundsatz der Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts ..	48
	a) Bei der Auslegung des Gemeinschaftsrechts. ....	48
	b) Im Verhältnis vom nationalen Recht zum Gemeinschaftsrecht. ....	49
	c) Das Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zur Völkerrechtsordnung. ....	50
	2. Der Grundsatz der funktionellen Einheit der Gemeinschaften. ....	51
II.	Die Grundsätze der unmittelbaren Geltung und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts .....	51
	1. Der Grundsatz der unmittelbaren Geltung des Gemeinschaftsrechts. ....	51
	a) Unmittelbare Geltung des Primär- und Sekundärrechts. ...	51
	b) Die Voraussetzungen für die unmittelbare Geltung. ....	52
	2. Der Grundsatz des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts. ....	52
	a) Grundlegung. ....	53
	b) Die Grenzen des Vorranganspruchs aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht. ....	54
	c) Rechtsfolge im Kollisionsfall. ....	56
	d) Grenzen des Vorrangs aus der Sicht des deutschen Verfassungsrechts .....	57
§ 4.	Die Organe der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaften. ....	60
I.	Der Europäische Rat. ....	60
	1. Die Stellung des Europäischen Rates im institutionellen Gefüge der EU. ....	60
	2. Zusammensetzung des Europäischen Rates. ....	61
	3. Aufgaben des Europäischen Rates. ....	62
II.	Die Organe der Europäischen Gemeinschaften. ....	63
	1. Allgemeines. ....	63
	a) Haupt- und Hilfsorgane. ....	63
	b) Einheitlichkeit des institutionellen Rahmens. ....	63

c)	Der Sitz der Organe. ....	64
d)	Die Sprachenregelung. ....	65
e)	Reformprobleme. ....	65
2.	Der Rat. ....	66
a)	Zusammensetzung. ....	66
b)	Der Ratsvorsitz. ....	68
c)	Die Beschlussfassung des Rates. ....	69
d)	Die Aufgaben des Rates. ....	71
3.	Die Kommission. ....	73
a)	Zusammensetzung. ....	73
b)	Das Kollegialprinzip. ....	74
c)	Aufgaben der Kommission. ....	76
d)	Handlungsformen der Kommission. ....	77
e)	Ende der Amtszeit. ....	78
4.	Das Parlament. ....	79
a)	Zusammensetzung. ....	79
b)	Wahlen zum Europäischen Parlament. ....	80
c)	Die Rolle der Parteien. ....	81
d)	Konferenz der Präsidenten und Ausschüsse. ....	82
e)	Die Rechtsstellung der Abgeordneten. ....	83
f)	Fraktionen des Europäischen Parlaments. ....	84
g)	Die Befugnisse. ....	84
h)	Das Ende der Amtszeit des Europäischen Parlaments. ....	87
i)	Der Grundsatz der Kontinuität. ....	88
j)	Vertragsänderungsverfahren. ....	88
5.	Der Gerichtshof. ....	88
a)	Die Aufgabe der Wahrung des Rechts. ....	89
b)	Besonderheiten des <i>EuGH</i> und des <i>EuG</i> . ....	89
c)	Zusammensetzung. ....	90
d)	Zuständigkeitsverteilung zwischen <i>EuGH</i> und <i>EuG</i> . ....	92
e)	Die Ernennung der Mitglieder des Gerichts und der Generalanwälte. ....	92
f)	Satzung und Verfahrensordnung. ....	92
g)	Arbeitsüberlastung. ....	94
6.	Der Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften (ERH). ..	95
7.	Die Europäische Zentralbank (EZB). ....	96
a)	Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). ....	96
b)	Ziele des ESZB. ....	97
c)	Die Organe des ESZB. ....	97
d)	Die Rolle der nationalen Zentralbanken. ....	98
e)	Die Unabhängigkeit des ESZB. ....	98
f)	Die demokratische Legitimation der EZB. ....	100
8.	Die Europäische Investitionsbank (EIB). ....	100
III.	Neben- und Hilfsorgane der Gemeinschaft. ....	101
1.	Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA). ....	101
a)	Grundlage. ....	101
b)	Zusammensetzung. ....	102
c)	Die Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialausschusses. ....	103
2.	Der Ausschuss der Regionen. ....	103
a)	Entstehung. ....	103
b)	Aufgaben des Ausschusses der Regionen. ....	104
c)	Zusammensetzung. ....	105
d)	Rechtspersönlichkeit und Klagerecht. ....	105
3.	Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsmann). ....	106
4.	Dezentrale Gemeinschaftseinrichtungen. ....	106
IV.	Finanzierung der Gemeinschaft. ....	109
1.	Finanzierung durch Eigenmittel. ....	109

2. Sonstige Einnahmen. ....	110
3. Ausgabenstruktur. ....	110
§ 5. Die Rechtsquellen und Rechtsakte des Gemeinschaftsrechts (einschl. des Grundrechtsschutzes). ....	112
I. Das primäre Gemeinschaftsrecht. ....	112
1. Die von den Mitgliedstaaten abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge zur Gründung und Ausgestaltung der Europäischen Union. ....	112
2. Protokolle, Satzungen und Erklärungen. ....	113
a) Protokolle. ....	113
b) Satzungen. ....	113
c) Erklärungen. ....	114
3. Völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft. ....	114
4. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze. ....	114
a) Vertragliche Grundlage. ....	115
b) Rechtsnatur und Arten von Grundsätzen. ....	115
5. Der Schutz der Grundrechte im Gemeinschaftsrecht. ....	116
a) Die Grundlagen des gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzes. ....	116
b) Die Reichweite des Grundrechtsschutzes. ....	118
c) Die Reichweite der Grundrechtsgeltung: Adressaten. ....	124
d) Grundrechtsschranken. ....	125
e) Zusammenfassung. ....	126
II. Das sekundäre Gemeinschaftsrecht. ....	127
1. Verordnungen. ....	127
2. Richtlinien. ....	128
a) Umsetzungsverpflichtung. ....	128
b) Wirkung einer Richtlinie vor der Umsetzung. ....	129
c) Wirkung einer Richtlinie nach der Umsetzung: das gemeinschaftsrechtliche Gebot einer richtlinienkonformen Auslegung. ....	130
d) Wirkung einer Richtlinie bei Nicht-(oder nicht fristgerech- ter bzw. fehlerhafter) Umsetzung. ....	131
3. Entscheidungen. ....	134
4. Stellungnahmen und Empfehlungen. ....	135
5. Protokollerklärungen zu Sekundärrechtsakten. ....	135
6. Mitteilungen. ....	136
7. Interinstitutionelle Vereinbarungen. ....	136
III. Die Normenhierarchie im Gemeinschaftsrecht. ....	137
1. Der Grundsatz der Normenhierarchie. ....	137
2. Normenhierarchie innerhalb des Primärrechts? ....	138
3. Einzelheiten. ....	138
IV. Die Interpretation des Gemeinschaftsrechts – die besondere Bedeutung der Aufgaben- und Zielbestimmungen. ....	139
1. Allgemein. ....	140
2. Die Auslegungsmethoden. ....	140
a) Wortinterpretation. ....	140
b) Historische Interpretation. ....	141
c) Systematische Interpretation. ....	141
d) Teleologische Interpretation. ....	142
e) Primärrechtskonforme Auslegung von Sekundärrecht. ....	143
§ 6. Die Funktionen der Gemeinschaftsorgane. ....	144
I. Nur begrenzte Vergleichbarkeit mit dem tradierten, nationalen Gewaltenteilungsmodell. ....	144
II. Die Funktionen – Überblick. ....	145
1. Die Rechtsprechung. ....	145
2. Der Vollzug. ....	145

3. Die Rechtsetzung. ....	145
III. Die Rechtsetzung. ....	146
1. Die steigende Bedeutung des Gemeinschaftsrechts. ....	146
2. Die Rollenverteilung zwischen Rat und Kommission. ....	147
3. Das Verfahren zum Erlass rechtlich verbindlicher Akte durch den Rat. ....	147
a) Form und Verfahren. ....	147
b) Das Anhörungsverfahren. ....	149
c) Verfahren der Zusammenarbeit. ....	150
d) Verfahren der Mitentscheidung. ....	151
e) Die Wahl der Rechtsgrundlage. ....	153
f) Der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage. ....	155
g) Zusammenfassende Darstellung. ....	157
4. Rechtsetzung durch die Kommission. ....	157
a) Befugnisse im primären Europarecht. ....	157
b) Rechtsetzungsbefugnisse nach Sekundärrecht. ....	159
IV. Der Vollzug des Gemeinschaftsrechts. ....	161
1. Direkter und indirekter Vollzug des Gemeinschaftsrechts. ....	162
2. Bereiche des direkten Vollzugs des Gemeinschaftsrechts. ....	162
a) Sachbereiche eigenen Vollzugs. ....	162
b) Beispiele für spezielle Vollzugsbefugnisse. ....	163
c) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht. ....	164
d) Haushaltsausführung. ....	165
e) Gemeinschaftsinterne Verwaltung. ....	165
f) Anzuwendendes Recht. ....	166
3. Der indirekte Vollzug des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten... ....	166
a) Modifikation der Widerruf- und Rücknahmevorschriften der §§ 48, 49 VwVfG. ....	168
b) Modifikation der Anordnung des Sofortvollzugs durch nationale Behörden. ....	168
c) Modifikation der Befugnisse der Gerichte im vorläufigen Rechtsschutz. ....	169
d) Förderung der Kooperation der Verwaltungen der Mitgliedstaaten. ....	170
V. Die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft und die Staatshaftung der Mitgliedstaaten für Verletzungen des Gemeinschaftsrechts. ....	171
1. Außervertragliche Haftung der Gemeinschaft für fehlerhaftes Verhalten ihrer Organe ....	171
a) Vertragliche/außervertragliche Haftung der Gemeinschaft. .	171
b) Anspruchsgrundlage. ....	172
c) Haftungsvoraussetzungen. ....	172
d) Haftungsfolgen. ....	174
2. Die Haftung der Mitgliedstaaten für den fehlerhaften Vollzug des Gemeinschaftsrechts. ....	174
a) Herleitung. ....	174
b) Realisierung des Anspruchs durch die nationalen Gerichte. ....	176
c) Modifikation des nationalen oder eigenständiges gemeinschaftsrechtliches Haftungsinstitut?. ....	177
d) Die Haftungsvoraussetzungen. ....	178
e) Umfang der Haftung. ....	179
§ 7. Der Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht. ....	180
I. Das Rechtsschutzsystem in den Europäischen Gemeinschaften. ...	180
1. Umfassende Kompetenz des EuGH und des EuG. ....	180
2. Verfahrensarten. ....	181

	3. Dualistische Struktur des Gemeinschaftsrechtsschutzes. ....	182
	4. Rechtsschutzlücken?. ....	183
II.	Vertragsverletzungsverfahren auf Antrag der Kommission bzw. eines Mitgliedstaats. ....	184
	1. Vertragsverletzung. ....	184
	2. Klageberechtigung. ....	185
	3. Klagegegner. ....	185
	4. Klagegegenstand. ....	185
	5. Vorverfahren. ....	186
	a) Bei einem Antrag der Kommission. ....	186
	b) Bei einem Antrag eines Mitgliedstaats. ....	187
	6. Rechtsschutzinteresse. ....	187
	7. Frist, Form und Inhalt des Urteils. ....	187
	8. Durchsetzung des Urteils. ....	187
III.	Nichtigkeitsklage. ....	188
	1. Klagegegenstand. ....	189
	2. Passivlegitimation. ....	191
	3. Klageberechtigung. ....	191
	a) Die verschiedenen Gruppen der Klageberechtigten. ....	191
	b) Klageberechtigung der privilegierten Kläger. ....	191
	c) Klageberechtigung teilprivilegierter Kläger. ....	192
	d) Klageberechtigung nicht privilegierter Kläger. ....	192
	4. Prüfungsmaßstab und Klagegründe. ....	195
	a) Prüfungsmaßstab. ....	195
	b) Klagegründe. ....	196
	5. Vorverfahren. ....	197
	6. Klagefrist und Klageform. ....	197
	7. Urteilswirkung (Fehlerfolgen). ....	198
	a) Feststellung der Unwirksamkeit. ....	198
	b) Inexistenz eines Rechtsaktes. ....	199
	c) Folgen der Feststellung der Nichtigkeit. ....	200
	8. Rechtsmittel. ....	200
	9. Durchsetzung. ....	200
IV.	Untätigkeitsklage. ....	200
	1. Unterlassung eines Beschlusses. ....	200
	2. Passivlegitimation. ....	201
	3. Aktivlegitimation. ....	201
	a) Privilegierte Kläger. ....	201
	b) Nichtprivilegierte Kläger. ....	201
	4. Vorverfahren und Frist. ....	202
	5. Wirkung des Urteils. ....	202
V.	Das Vorabentscheidungsverfahren. ....	203
	1. Alleinige Zuständigkeit des <i>EuGH</i> . ....	203
	2. Vorlageberechtigung: Der Begriff des Gerichts in Art. 234 EG. ....	204
	3. Der Vorlagegegenstand: Gemeinschaftsrecht. ....	204
	4. Erforderlichkeit der Vorlage: Entscheidungserheblichkeit und „echter Rechtsstreit“. ....	206
	5. Form und nationales Verfahren. ....	206
	6. Vorlagefrist. ....	207
	7. Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht. ....	207
	a) Vorlagepflicht nach Art. 234 (ex Art. 177) III EG. ....	207
	b) Vorlagepflicht zur Feststellung der Ungültigkeit von Sekundärrecht. ....	209
	8. Sanktion bei einer Verletzung der Vorlagepflicht. ....	210
	9. Die Wirkung der Entscheidung. ....	212
	a) Auslegungsentscheidungen. ....	212

	b) Ungültigkeitserklärung. . . . .	213
	10. Verhältnis des Vorlageverfahrens zur Nichtigkeitsklage. . . . .	213
VI.	Amtshaftungsklage. . . . .	214
	1. Aktivlegitimation. . . . .	214
	2. Passivlegitimation. . . . .	214
	3. Klagegegenstand. . . . .	214
	4. Klagfrist. . . . .	215
	5. Materielle Voraussetzungen. . . . .	215
VII.	Zuständigkeit des Gerichtshofs zur Erstattung von Gutachten. . . . .	215
	1. Antragsberechtigung. . . . .	215
	2. Antragsgegenstand. . . . .	215
	3. Gegenstand des Gutachtens. . . . .	216
VIII.	Weitere Zuständigkeiten des Gerichtshofs. . . . .	216
IX.	Vorläufiger Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht. . . . .	217
X.	Durchsetzung und Vollstreckung von Urteilen. . . . .	218
§ 8.	Die Grundfreiheiten des Gemeinschaftsrechts. . . . .	219
I.	Die Unterscheidung zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten. . . . .	219
	1. Ausgangslage. . . . .	219
	2. Die Grundfreiheiten. . . . .	219
	3. Die Gemeinschaftsgrundrechte. . . . .	221
	4. Die Entwicklungsoffenheit der Grundfreiheiten und die Frage ihrer Konvergenz . . . . .	222
	5. Übersicht . . . . .	223
II.	Zollunion und freier Warenverkehr. . . . .	223
	1. Das System der Zollunion. . . . .	223
	a) Regelungsprogramm. . . . .	223
	b) Ausgestaltung nach Innen. . . . .	225
	2. Erfasste Gegenstände: Der Warenbegriff. . . . .	225
	a) Regeldefinition. . . . .	225
	b) Ausnahmen und Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten. . . . .	227
	c) Erstreckung auf Agrarprodukte. . . . .	228
	3. Einzelheiten der Zollunion. . . . .	228
	a) Die Festsetzung eines einheitlichen Zollgebiets. . . . .	229
	b) Harmonisierung des Zollrechts und verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Zollverwaltungen. . . . .	230
III.	Das Verbot der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten. . . . .	231
	1. Verbot von Zöllen. . . . .	231
	2. Verbot der Abgaben gleicher Wirkung. . . . .	232
	a) Definition. . . . .	232
	b) Rechtfertigung? . . . . .	233
	c) Abgrenzung von inländischen Abgaben-Systemen. . . . .	234
IV.	Der freie Warenverkehr: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung. . . . .	235
	1. Ergänzung der Zollunion durch den Abbau nicht-tarifärer Hindernisse für den Warenverkehr. . . . .	235
	2. Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen sowie aller Maßnahmen gleicher Wirkung. . . . .	236
	a) Adressaten. . . . .	236
	b) Sachliche Reichweite der Verbote. . . . .	237
	c) Das Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung als Beschränkungsverbot: Die Dassonville-Formel. . . . .	239
	d) Praktische Durchsetzung. . . . .	239
	3. Rechtfertigung mitgliedstaatlicher Einschränkungen. . . . .	240
	a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe: Art. 30 EG. . . . .	240



b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe: Die „zwingenden Erfordernisse“ der Cassis-Formel. ....	243
4. Schranken-Schranken. ....	246
a) Ausschluss wirtschaftlicher Gründe. ....	246
b) Grundrechte. ....	246
c) Verhältnismäßigkeit. ....	247
5. Prüfungsschema für klassische Fälle ....	247
6. Einschränkung des Tatbestands auf ein Diskriminierungsverbot für „Verkaufsmodalitäten“: Die Keck-Rechtsprechung. ....	247
7. Prüfungsschema für Keck-Tatbestände. ....	250
8. Verpflichtung zur Umformung staatlicher Handelsmonopole. .	251
a) Inhalt der Verpflichtung. ....	251
b) Rechtfertigung von Verstößen. ....	253
V. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. ....	253
1. Der persönliche Schutzbereich. ....	253
2. Der Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit. ....	254
a) RatsVO 1612/68. ....	255
b) Soziale Rechte, VO 1612/68 und VO 1408/71. ....	255
c) Bleiberecht nach Erwerbstätigkeit, VO 1251/70. ....	256
d) Studium und Arbeitnehmerfreizügigkeit. ....	256
3. Reichweite der Gewährleistung: grundsätzliches Diskriminierungsverbot. ....	257
4. Ausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung. ....	258
5. Rechtfertigung von Eingriffen. ....	259
a) Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe. ....	259
b) Weitere sachliche Gründe. ....	261
c) Schranken-Schranken. ....	261
6. Prüfungsschema. ....	261
VI. Die Niederlassungsfreiheit. ....	261
1. Persönlicher Schutzbereich. ....	262
2. Sachliche Reichweite der Niederlassungsfreiheit. ....	263
3. Ausnahmen für Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt. ....	266
4. Rechtfertigung von mitgliedstaatlichen Eingriffen. ....	267
a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe. ....	267
b) Ungeschriebene Gründe. ....	268
c) Schranken-Schranken. ....	268
5. Prüfungsschema. ....	268
6. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung? ....	268
VII. Die Dienstleistungsfreiheit. ....	271
1. Unmittelbare Anwendung. ....	271
2. Persönlicher Geltungsbereich. ....	272
3. Subsidiarität – sachlicher Anwendungsbereich. ....	272
4. Erbringungsformen. ....	273
5. Einzelheiten zur Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten. .	273
6. Reichweite der Gewährleistung. ....	275
a) Beschränkungsverbot. ....	275
b) Anwendung der Keck-Rechtsprechung. ....	275
7. Ausnahme: Ausübung öffentlicher Gewalt. ....	276
8. Rechtfertigungsgründe. ....	276
a) Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe. ....	276
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses. ....	277
9. Schranken-Schranken. ....	277
a) Keine wirtschaftlichen Motive. ....	277
b) Keine Missachtung von Gemeinschaftsgrundrechten. ....	278
c) Verhältnismäßigkeit. ....	278

10. Dienstleistungsmonopole. ....	279
11. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen:	
Harmonisierung bzw. gegenseitige Anerkennung. ....	280
a) Entwicklung des Sekundärrechts. ....	280
b) Das Beispiel der EntsenderRL. ....	281
12. Prüfungsschema. ....	282
VIII. Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs. ....	283
1. Von Maastricht nach Amsterdam. ....	283
2. Sachlicher Anwendungsbereich. ....	284
a) Zahlungsverkehr. ....	284
b) Kapitalverkehrsfreiheit. ....	284
3. Persönlicher Anwendungsbereich. ....	284
4. Wirkung. ....	284
5. Rechtfertigung von Einschränkungen. ....	285
a) Ungleichbehandlung nach Wohnsitz oder Anlageort. ....	285
b) Andere Eingriffe. ....	285
6. Sekundärrecht. ....	286
IX. Zusammenfassender Überblick über die Struktur der	
Grundfreiheiten. ....	286
X. Ausbau der Personenverkehrsfreiheiten zur Unionsbürgerschaft ..	286
1. Das allgemeine Diskriminierungsverbot. ....	288
2. Übersicht. ....	289
3. Die Unionsbürgerschaft. ....	289
4. Der Umfang der Unionsbürgerrechte. ....	290
a) Allgemeines Aufenthaltsrecht. ....	290
b) Wahlrecht. ....	291
c) Diplomatischer und konsularischer Schutz. ....	293
d) Petitionsrecht. ....	293
§ 9. Politiken der Gemeinschaft. ....	294
I. Die Angleichung der Rechtsvorschriften. ....	294
1. Allgemein. ....	294
2. Abgrenzung zwischen Art. 94 und 95 EG und zu anderen	
Kompetenznormen. ....	294
3. Art. 95 EG. ....	296
4. Art. 96 und 97 EG. ....	298
II. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). ....	298
1. Sachlicher Anwendungsbereich. ....	298
2. Ziele der GAP. ....	298
3. Kompetenzen und Instrumente der GAP. ....	299
a) Kompetenz. ....	299
b) Instrumente der GAP. ....	299
4. Reform. ....	301
III. Verkehrspolitik. ....	302
IV. Wettbewerbspolitik und Beihilfenaufsicht. ....	303
1. Übersicht. ....	304
2. Art. 81f. (ex Art.85f.) EG. ....	304
a) Art. 81 EG. ....	304
b) Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden	
Stellung. ....	307
3. Sekundärrecht auf der Grundlage von Art. 83 EG. ....	308
a) Die Fusionskontrollverordnung Nr. 4064/89. ....	308
b) Die Kartellverordnung Nr. 17. ....	309
4. Öffentliche Unternehmen. ....	310
5. Beihilfenaufsicht. ....	312
a) Der Grundsatz des Beihilfenverbots. ....	312
b) Verfahren der Beihilfenaufsicht. ....	314
c) Die Rechte der Beteiligten. ....	317

V.	Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik .....	317
1.	Die Sozialpolitik der Gemeinschaft. ....	317
2.	Die Beschäftigungspolitik. ....	319
VI.	Verbraucherschutz und Gesundheitspolitik. ....	320
1.	Verbraucherschutz. ....	320
a)	Kompetenznorm. ....	321
b)	Ziele des Verbraucherschutzes. ....	321
c)	Verbraucherbegriff. ....	321
d)	Instrumente des Verbraucherschutzes. ....	322
e)	Bereiche des Verbraucherschutzes. ....	322
2.	Gesundheitspolitik. ....	323
a)	Kompetenz. ....	323
b)	Ziele. ....	323
c)	Reichweite. ....	324
VII.	Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (Regionalpolitik). ....	324
1.	Das Ziel der Regionalpolitik. ....	324
2.	Die Mittel der Regionalpolitik. ....	325
a)	Fördermittel der Fonds. ....	325
b)	Darlehen der EIB. ....	326
c)	Bereitstellung besonderer Haushaltsmittel. ....	326
d)	Verpflichtung zur Koordination. ....	326
e)	Verfahren. ....	326
VIII.	Umweltpolitik. ....	326
1.	Kompetenzen. ....	327
2.	Umweltpolitische Ziele. ....	328
3.	Prinzipien der gemeinschaftlichen Umweltpolitik. ....	329
4.	Instrumente der gemeinschaftlichen Umweltpolitik. ....	329
5.	Tätigkeitsfelder der gemeinschaftlichen Umweltpolitik. ....	330
§ 10.	Die Außenbeziehungen der Gemeinschaft. ....	331
I.	Die geschriebenen Außenkompetenzen der EG. ....	332
1.	Außenwirkung der Zollunion. ....	332
a)	Der Gemeinsame Zolltarif. ....	332
b)	Gesetzgebungsbefugnis, Ertragshoheit, Verwaltungshoheit. ....	333
c)	Zollpräferenzen. ....	334
2.	Die Gemeinsame Handelspolitik. ....	335
a)	Allgemein. ....	335
b)	Gegenstand der Gemeinsamen Handelspolitik. ....	336
c)	Organkompetenz. ....	338
d)	Handelspolitisches Instrumentarium. ....	338
e)	Wirtschaftssanktionen und Embargos. ....	339
f)	Sondervorschriften für internationale Verkehrsabkommen. ....	339
3.	Die Kompetenz zum Abschluss von Assoziationsverträgen. ....	340
a)	Sonderfall der Assoziierung nach Art 182 (ex Art. 131) EG. ....	340
b)	Assoziierungskompetenz. ....	340
4.	Entwicklungspolitische Abkommen. ....	345
a)	Inhaltliche Begrenzung der Kompetenz zum Abschluss von Entwicklungsabkommen. ....	345
b)	Verhältnis zu den Kompetenzen der Mitgliedstaaten. ....	346
5.	Sonstige geschriebene Außenkompetenzen. ....	347
6.	Verhältnis zu anderen Abkommen der Mitgliedstaaten. ....	347
a)	Verhältnis zum Benelux-Abkommen. ....	347
b)	Verhältnis zu früheren Verträgen der Mitgliedstaaten. ....	347
c)	Rechtsfolgen des Art. 307 EG und der Sonderfall der WTO. ....	348
II.	Ungeschriebene Außenkompetenzen. ....	349
1.	Anwendungsbereich. ....	349
2.	Dogmatische Begründung. ....	350

3. Verhältnis zur Kompetenz der Mitgliedstaaten. ....	351
III. Das Verfahren beim Abschluss von auswärtigen Abkommen. ....	352
IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). ....	355
Sachregister .....	359